

Nr. 930

25. Juni 2009

Heute mit folgenden Themen:

- Ab 1. Juli gilt ein Ferienfahrverbot für Lastkraftwagen
- EU-Statistik 2008: 8,3 Prozent weniger Verkehrstote als im Vorjahr
- Bundesregierung setzt auf Inlandstourismus
- Elektroauto: BMW startet große Testphase in Berlin

Ab 1. Juli gilt ein Ferienfahrverbot für Lastkraftwagen

Bad Windsheim (ARCD) – Auto- und Motorradfahrer dürfen sich freuen: In der Ferienzeit vom 1. Juli bis zum 31. August gilt an Samstagen zwischen 7.00 und 22.00 Uhr auf bestimmten Strecken ein Fahrverbot für Lkw ab 7,5 t zulässigem Gesamtgewicht. Zusammen mit dem ganzjährig gültigen Sonntagsfahrverbot zwischen 0.00 und 22.00 Uhr können Urlauber und Ausflügler im Sommer ihre Touren am Wochenende also ohne stressige Brummi-Kolonnen planen. Die Fahreinschränkungen gelten aber nur für bestimmte Strecken und lassen Ausnahmen für bestimmte Güterverkehrsarten und Transportgüter zu (Informationen dazu gibt es unter www.bmvbs.de/Verkehr auf der Internetseite des Bundesverkehrsministeriums). Aber nur auf den ersten Blick sind Lkw-Fahrverbote in Deutschland klar und einfach geregelt.

Verkehrsexperten beklagen seit langem die großzügig gewährten „ortsabhängigen“ Ausnahmegenehmigungen in den Bundesländern. Damit soll jetzt nach dem Willen des Bundesrates Schluss sein: Mitte Mai 2009 verabschiedete die Länderkammer auf Antrag von Hamburg, Thüringen und Brandenburg einen Verordnungsentwurf (Drucksache 391/09), der bundeseinheitlich Ausnahmen von Lkw-Fahrverboten in der Straßenverkehrs-Ordnung und in der Ferienreiseverordnung regelt. In Zukunft haben die Länder kaum Möglichkeiten mehr, nach eigenem Gusto Ausnahmegenehmigungen zu erteilen. Und für die Überwachungsbehörden vor Ort gibt es für ihre Arbeit eine einheitliche Rechtsgrundlage. Dies werde laut Bundesrat die Wirtschaft entlasten, beim Bürokratieabbau helfen und die Arbeit der Überwachungsbehörden erleichtern. Der Verordnungsentwurf ging der Bundesregierung zur Verkündigung zu. **ARCD**

EU-Statistik 2008: 8,3 Prozent weniger Verkehrstote als im Vorjahr

Bad Windsheim (ARCD) – 39 000 Menschen haben im Jahr 2008 auf den Straßen der EU ihr Leben verloren. Damit ist die Zahl der Verkehrstoten gegenüber 2007 (42 600) um erfreuliche 8,3 Prozent zurückgegangen, meldet der Europäische Verkehrssicherheitsrat ETSC. 2008 kamen EU-weit 79 Verkehrstote auf eine Million Einwohner. Dies sei der höchste Jahresrückgang seit 2001, als diese Quote noch bei 113 lag. Vom EU-Ziel einer Halbierung der Verkehrstoten im Jahr 2010 gegenüber 2001 auf dann 27 000 sei man jedoch nach wie vor weit entfernt. Laut ETSC-Projektleiterin Graziella Jost ist es unrealistisch, auf einen Rückgang von jährlich 17 Prozent in diesem Jahr und 2010 zu hoffen, der zur Zielerreichung erforderlich wäre. Von den 27 Mitgliedsländern haben bislang Luxemburg (– 49 Prozent), Frankreich (– 48 Prozent) und Portugal (– 47 Prozent) den markantesten Rückgang an Verkehrstoten im Zeitraum 2001 bis 2008 zu verzeichnen. In Deutschland hat die Anzahl der Verkehrstoten im



Presse-Information

gleichen Zeitraum um 36 Prozent abgenommen. Die EU-weit sichersten Länder laut Unfalltodesstatistik des ETSC sind derzeit Malta, Schweden, Großbritannien und die Niederlande vor Norwegen und Deutschland. Über 130 Verkehrstote pro eine Million Einwohner verzeichnen hingegen Polen, Rumänien und Litauen. Größte Fortschritte gegenüber 2007 wurden laut den vorläufigen Statistiken des ETSC in den baltischen Staaten (30 Prozent weniger Verkehrstote), Slowenien (- 27 Prozent), Spanien und Ungarn (- 19 Prozent) erzielt. Aus Deutschland wurden knapp 10 Prozent weniger Verkehrstote im Vergleich zum Vorjahr gemeldet. Zugenommen hat die Anzahl der Verkehrstoten in den jüngsten Mitgliedsländern Bulgarien und Rumänien (zwischen 5 und 10 Prozent mehr Verkehrstote). Der ETSC führt den EU-weiten Rückgang im Jahr 2008 nicht nur auf die Langzeitwirkung erfolgreicher Kampagnen und verstärkter Polizeikontrollen zurück, sondern auch auf den Rückgang des Verkehrsaufkommens aufgrund der zeitweilig hohen Spritpreise und der nachfolgenden Wirtschaftskrise. ARCD

Bundesregierung setzt auf Inlandstourismus

Bad Windsheim (ARCD) – Wenn es um den Inlandstourismus geht, zieht die Regierungskoalition an einem Strang. Das wurde in der vergangenen Woche bei zwei Veranstaltungen in Berlin deutlich. Der Tourismusbeauftragte der Bundesregierung, Ernst Hinsken, stellte am Donnerstag im Wirtschaftsministerium (BMWi) ein Projekt zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Tourismus vor, das Ministerium von Wolfgang Tiefensee für Verkehr, Städtebau und Aufbau Ost veranstaltete am Tag danach eine Tourismuskonferenz für Ostdeutschland mit dem programmatischen Titel „Go East!“. Laut der Untersuchung des BMWi hat der demographische Wandel Auswirkungen auf den Tourismus. Diese seien „eindrucksvoll“, aber nicht „dramatisch“. In den kommenden Jahren würde sich durch die älter werdende Bevölkerung das Reiseverhalten ändern. Es gebe einen Rückgang der Inlandsreisen, eine geringere Saisonalität, mehr Pkw- und weniger Busreisen. Zu diesem Punkt gab es Widerspruch aus dem Teilnehmerkreis: Der Inlandsreisemarkt werde sich stärker in demographische Wachstumsregionen und Schrumpfungsregionen spalten, was zu Angebotserweiterungen auf der einen Seite und zur Angebotsausdünnung auf der anderen führen wird. Problemfelder seien laut Studie das älter werdende Arbeitskräftepotenzial und der regionale Fachkräftemangel. Als Gegenmaßnahmen empfahlen die Autoren der Studie attraktive Arbeitsbedingungen in der Tourismuswirtschaft, mehr Qualifizierung und Professionalisierung und eine bessere schulische Bildung. Zum Auftakt der Tourismuskonferenz „Go East!“ sagte Wolfgang Tiefensee als Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder, ausländische Touristen seien ein enorm wichtiger Wachstumsfaktor für die Tourismusbranche in Ostdeutschland. Rund 450.000 oder jeder achte Erwerbstätige lebe in Ostdeutschland direkt oder indirekt vom Tourismus. Nach Zahlen des Europäischen Tourismusinstituts (ETI) liegt der Anteil der ausländischen Gäste an der Gesamtzahl der Übernachtungen in den alten Bundesländern bei 17,5 Prozent, in den neuen Bundesländern hingegen nur bei 5,8 Prozent. Ursächlich für diese Gefälle seien eine geringere Bevölkerungsdichte und eine begrenzte Erfüllung der Reisebedürfnisse in den Ostländern. Es fehle an Fremdsprachenkenntnissen und an ausreichender Anbindung an den internationalen Flugverkehr. Viele Reiseziele im Osten hätten zudem eine zu geringe touristische Tradition. Dies führe dazu, dass der Osten Deutschlands in den Reiseprogrammen internationaler Reiseveranstalter nur unterdurchschnittlich gelistet ist. Dass die Ostländer aber kräftig auf- und einholen, zeigten einige bemerkenswerte Beispiele von gelungenem Tourismusmarketing in



Presse-Information

verschiedenen Regionen. Nach den Worten von Ernst Hinsken ist der Osten Deutschlands eine „touristische Schatztruhe“, die noch erschlossen werden muss. Er mahnte aber auch: „Wer nicht innoviert, verliert.“ **ARCD**

Elektroauto: BMW startet große Testphase in Berlin

Bad Windsheim (ARCD) – Ohne Abgasfahne und lautlos wie auf Katzenpfoten rollen seit Wochenanfang 50 Berliner und Berlinerinnen, ausgewählt aus 700 Bewerbern, mit einem MINI E von BMW über die Hauptstadtstraßen. Am Montag startete der Münchener Hersteller zusammen mit dem Energieunternehmen Vattenfall den nach eigenen Worten derzeit „größten Feldversuch zur Elektromobilität in Deutschland“. Schon vorher hatte BMW Praxisversuche mit dem MINI E in den USA und in Großbritannien begonnen. Ein ähnliches Projekt haben der Stromkonzern RWE und Daimler angekündigt, auch bei VW und Audi sieht man im Elektroantrieb die automobile Zukunft. In Berlin liefert Vattenfall über Autostromstationen und private Anschlüsse nach eigenen Angaben Strom, der zu 100 Prozent aus umweltfreundlichen Quellen stammt. „Nur mit Strom aus erneuerbaren Energien werden Elektroautos zu echten Null-Emission-Fahrzeugen“, sagte denn auch Bundesumweltminister Gabriel bei der Schlüsselübergabe in Berlin. Die Bundesregierung nimmt für die Erforschung und Entwicklung der Elektromobilität 500 Millionen Euro Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II in die Hand; davon kommen 100 Millionen aus dem Etat des Umweltministeriums. Mit dem Geld sollen vor allem Probleme bei den Speicherbatterien und der Stromzufuhr über die Steckdose gelöst werden. In den nächsten Monaten sammeln die Testfahrer im Alltagsbetrieb Erkenntnisse, wie praktisch die Autos sind und wie gut die Infrastruktur für das Laden funktioniert. Für Herbst ist ein weiterer Testlauf mit 50 Fahrzeugen geplant. Das Bundesverkehrsministerium rechnet damit, dass bis 2020 rund eine Million reguläre Elektroautos auf den deutschen Markt kommen. In einer selbst als „realistisch“ eingestuften Prognose sagt das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) voraus, dass 17 % des heutigen Fahrzeugbestandes bis zum Jahr 2050 von Elektro- oder Plug-in-Hybrid-Motoren angetrieben werden. Der Elektroantrieb werde sich primär bei Fahrzeugen für den innerstädtischen Verkehr durchsetzen. Nach einer vom Institut für Automobilwirtschaft (IFA) im Auftrag der Prüforganisation DEKRA erstellten Studie könnten bis 2020 die Kilometerkosten bei einem rein elektrisch angetriebenen Plug-in-Hybrid auf 44 Cent sinken, bei einem batteriegestützten Elektrofahrzeug sogar auf nur 42 Cent. Damit würden solche Fahrzeuge zehn Prozent unter den Kosten von Benzinern (47 Cent) und sieben Prozent unter denen von Dieselautos (45 Cent) liegen. Die Modellrechnung von IFA und DEKRA geht davon aus, dass der Benzinpreis bis 2020 auf rund drei Euro steigt, ein Benziner im Schnitt nur noch sechs Liter und ein Dieselauto fünf Liter verbraucht und sich der Preis von Batterien für Elektroautos im Vergleich zu heute halbiert. **ARCD**

